

## Fridays for Future<sup>1</sup> – FIF for Future!

Liebe Schülerinnen und Schüler,

Ihr seid großartig! Wohl keine Bewegung hat es bisher geschafft, in so kurzer Zeit so viele Menschen weltweit auf die Straße zu bringen. 300.000 Demonstrierende alleine in Deutschland, Zigtausende an vielen Orten weltweit, insgesamt offenbar mehr als eine Million – wow! Und die echten „Profis“ habt Ihr auf Eurer Seite: Eure Forderungen werden von den eigens gegründeten ScientistsForFuture nachdrücklich unterstützt, mit einer Stellungnahme, die von rund 27.000 WissenschaftlerInnen unterzeichnet wurde.<sup>2</sup>

Manche behaupten, man würde Euch nicht ernst nehmen, weil Ihr Jugendliche und Kinder seid. Das ist ein Irrtum: Die Delegitimierungskampagnen, die bereits auf Hochtouren laufen, beweisen das Gegenteil.<sup>3</sup> Dass einige von Euch bei McDonalds einen Hamburger gegessen und anschließend das Papierl auf den Boden geworfen haben sollen, gegen den Klimaschutz ausspielen zu wollen, ist erbärmlich.

Doch was fordert Ihr eigentlich? Die Basis der Forderungen von Greta Thunberg bei ihren Klimastreiks seit August in Stockholm war die Einhaltung des Übereinkommens von Paris, eines völkerrechtlichen Vertrags zum Klimaschutz. Es ist beklemmend, welchem Widerstand man sich heute gegenüber sieht, wenn man nur die Einhaltung völkerrechtlicher Abkommen fordert.

Doch lassen wir hier Greta Thunberg selbst zu Wort kommen:

*„Our civilisation is being sacrificed for the opportunity of a very small number of people to continue making enormous amounts of money. [...] It is the sufferings of the many which pay for the luxuries of the few. [...] You say, you love your children above all else. And yet, you're stealing their future in front of their very eyes. [...] We cannot solve a crisis without treating it as a crisis. [...] And if solutions within this system are so impossible to find, then maybe we should change the system itself. [...] We have run out of excuses and we are running out of time. We have come here to let you know that change is coming, whether you like it or not. The real power belongs to the people.“<sup>4</sup>*

Immer wieder wird beklagt, dass Ihr zu wenig politisch aktiv seid – und wenn Ihr es seid, ist es auch wieder nicht recht. Früh in eine Partei eintreten – egal in welche –, dann vielleicht in Partei- und öffentlichen Ämtern Karriere machen und danach einer lukrativen Tätigkeit als Lobbyist nachgehen. Das ist wohl gemeint, wenn Ihr von PolitikerInnen zu mehr Engagement aufgefordert werdet. Wirklich Eure Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, ist damit eher nicht so gemeint.

Erinnerungen an die Zeit, als ich selbst noch Schüler war, in den 1980er-Jahren: Schon damals wies uns unser Englisch-Lehrer auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die Folgen für das Klima hin. Zweifellos ist seither auch einiges passiert – aber nicht genug. Und es haben auch nicht alle begriffen: Das *Sports Utility Vehicle* (SUV)

– das wohl als eins der eindrücklichsten Sinnbilder für den verantwortungslosen Umgang mit der Umwelt gilt – wurde erst danach erfunden und fand weite Verbreitung.



Übrigens darf meine Generation nicht behaupten, sie habe von nichts gewusst: Wir wurden die „Null-Bock-Generation“ genannt; den damals verbreiteten Slogan „No Future!“ habt Ihr im Grunde mit „Fridays for Future!“ ins Positive gewendet. Damals ging es um Atomrüstung und Atomenergie – ersteres durch die Kündigung des INF-Vertrags wieder aktueller denn je. 1980 wurde die Partei „Die Grünen“ gegründet. Viel von den radikalen Umwelt- und friedenspolitischen Forderungen der damaligen Zeit hat sich im Lauf der Jahre abgeschliffen – heute sind die Grünen mitverantwortlich für Kriegseinsätze der Bundeswehr, und auch umweltpolitisch ist man „pragmatisch“ geworden, wie zum Beispiel beim Bahnhof Stuttgart 21 sichtbar ist, der unter der Verantwortung der Grünen – sowohl im Land Baden-Württemberg als auch in Stuttgart – immer weiter vorangetrieben wird. Gleichzeitig ist aber – trotz alledem – das Bewusstsein für die Umwelt seit damals gestiegen. Ich glaube, wir wären heute entsetzt, wenn wir in die 1970er- oder 1980er-Jahre zurückversetzt würden – mit der damaligen Verschmutzung der Luft, der Gewässer und von Umweltkatastrophen wie Seveso, Bhopal, Harrisburg, Tschernobyl, ... Befremdlich, dass sich einige „Konservative“ gerade diese Vergangenheit zurück wünschen.

À propos – was sagen eigentlich die Konservativen? „Konservativ“ kommt von lat. „conservare“, das bedeutet „erhalten“ oder „bewahren“. Das ist doch genau das, was wir gerade brauchen, müsste man meinen. Doch das Einzige, was so mancher „Konservative“ offensichtlich bewahren möchte, sind überkommene Machtstrukturen und seine eigenen Privilegien.

Eins wird Euch möglicherweise nicht erspart bleiben: Wenn Ihr Erfolg habt und die Klimakatastrophe noch abgewendet werden kann, werden sich „Profis“ – vielleicht ja auch Christian Lindner – breitbeinig hinstellen und erklären, dass ihre vorausschauende Politik für die Rettung der Welt verantwortlich sei. Für diesen Fall solltet Ihr Euch vorsorglich ein Beißholz bereithalten.

Widerwillig komme ich – weil es offenbar nicht zu vermeiden ist – auf den Begriff des „Schuleschwänzens“. Das ist Unsinn! Ziel der Schule darf nicht das Absitzen von Schulstunden, sondern Bildung sein: Die Welt zu begreifen und das Begriffene auch anzuwenden. Genau das tut Ihr. Und sollte es Einzelne unter Euch geben, die gerne eine „Freistunde“ bei den Streiks ausnutzen: Bestimmt gibt es genügend Abgeordnete des Deutschen Bundestags, die nicht wegen Ihrer politischen Haltung, sondern allein aus Eigennutz, nämlich für Karriere und Geldverdienen, ihr Mandat wahrnehmen.

Ihr sollt in der schulfreien Zeit streiken, wird gefordert – so ein Quatsch. Wann, glaubt Ihr, führen PolitikerInnen ihre Gespräche

mit Energielobbyisten? Womöglich während ihrer von uns allen bezahlten Arbeitszeit? Eben!

Letztlich dient auch diese Diskussion nichts anderem, als Euer berechtigtes Anliegen zu delegitimieren und davon abzulenken. Ihr habt es längst selber gemerkt: Wer über „Schuleschwänzen“ spricht, braucht sich scheinbar mit den Folgen des Klimawandels nicht mehr auseinanderzusetzen.

Umweltpolitik und Klimawandel sind nicht die Kernkompetenzen des FfF. Doch auch wir beschäftigen uns damit: Bei der Konferenz „Bits & Bäume“<sup>5</sup> setzen wir uns gemeinsam mit vielen Umweltorganisationen mit dem Zusammenhang von Ökologie und Digitalisierung auseinander. Eins ist völlig klar: Der Klimawandel betrifft uns alle – und so seid Euch unserer umfassenden Unterstützung gewiss.

Mit FfFigen Grüßen

Stefan Hügel



Dagmar Boedicker

## Anmerkungen

- 1 <https://fridaysforfuture.de>
- 2 Webseite und Stellungnahme unter <https://www.scientists4future.org>; die Aufzeichnung von der Bundespressekonferenz am 12. März 2019 ist unter <https://www.youtube.com/watch?v=OAoPkVfeTo012> zu finden.
- 3 Lesenswert dazu: von Lucke A (2019) „Fridays for Future“: Der Kampf um die Empörungshoheit. Wie die junge Generation um ihre Stimme gebracht werden soll. Blätter für deutsche und internationale Politik 3'19, <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2019/maerz/fridays-for-future-der-kampf-um-die-empoeerungshoheit>
- 4 Rede von Greta Thunberg vor der UN-Klimaschutzkonferenz in Katowice, <https://www.youtube.com/watch?v=qvmwt8iIB4>
- 5 Die Webseiten zur Konferenz sind unter <https://bits-und-baeume.org> zu finden. Ein Dokumentationsband ist in Vorbereitung.

## 70 Jahre Grundgesetz

Alle staatliche Gewalt ist laut Artikel 1 des Grundgesetzes verpflichtet, die Würde des Menschen nicht nur zu achten, sondern sie auch zu schützen. Leider fällt eine Bilanz darüber beschämend aus, wie die staatliche Gewalt dieser Pflicht in den letzten Jahrzehnten nachgekommen ist. Sie muss etwas falsch verstanden haben, wenn sie nicht etwa die unantastbare Würde des Menschen als Supergrundrecht betrachtet, sondern ein Innenminister<sup>1</sup> ein fiktives Supergrundrecht Sicherheit propagiert. Selbst an diesem Anspruch dürfen wir sie aber nicht messen, denn sicher sind wir in Zeiten der Insecurity of Things (IoT) und der massenhaften Ausspähung durch staatliche und private Stellen wahrhaftig nicht. Es wird Zeit, unsere enteignete Würde zurück zu erobern, auch von unseren Repräsentanten in den Parlamenten. Leider genügt es nicht, wenn das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) uns den Anspruch darauf bescheinigt, sich der Gesetzgeber aber einfach einen Dreck darum schert.

Wie fragil die Demokratie ist, wenn sie von innen zerstört wird, haben wir in den letzten Jahren wiederholt erlebt. Bisher standen dort für die Demokratie im Weg.<sup>2</sup> Das wird sich ändern, wenn die Zahl derjenigen ein beängstigendes Ausmaß erreicht. Sie bevorzugen die Einschüchterung durch ausufernde Überwachung.

erschienen in der FfF-Kommunikation,  
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

nen Parlament am 26. Mai den Überwachung immer wieder ein Anliegen ist, und dass die unser Verhalten höher bewerten.

Es ist an sich gut, dass viele nationale Kompetenzen auf die Ebene der Europäischen Union verlagert worden sind, denn Nationalstaaten können sie angesichts der technischen und ökonomischen Globalisierung nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Die Grundrechte-Charta der EU und die Menschenrechts-Konvention des Europarats sollten unsere Freiheitsrechte auch ausreichend schützen. Wieso fällt dann aber trotz mehrerer Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) die Überwachungsgesamtrechnung desaströs aus und nur die üblichen Verdächtigen regen sich darüber auf?

### 1949. Großartiges Versprechen

Im Grundgesetz finden sich Lehren aus den Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur. Freiheitsrechte sind festgeschrieben, wie das Abwehrrecht gegenüber dem Staat und das Asylrecht. Artikel 1 unterliegt der Ewigkeitsgarantie, der Bundestag kann ihn nicht ändern, auch nicht mit verfassungsändernder Mehrheit.<sup>3</sup> Artikel 1 verpflichtet den Staat dazu, die Menschenwürde nicht nur zu



Vorderseite der 10-DM-Gedenkmünze „50 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“

achten sondern auch aktiv zu schützen. „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“<sup>4</sup> Eine unabhängige Justiz soll dem Gesetzgeber auf die Finger sehen. Medien haben die Aufgabe, die Legislative, Exekutive und Judikative zu beobachten und frei und unabhängig zu informieren.